Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses der Verbandsgemeinde

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 14.09.2023
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	20:40 Uhr
Ort, Raum:	06311 Helbra, Mittelstraße 10, Schulungsraum Feuerwehr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Norbert Born

Mitglieder

Herr Michael Ahlig
Herr Alfred Böttge
Herr Jürgen Colawo
Herr Matthias Klenner
Herr Karsten Patz
Herr Thomas Stock
Herr Uwe Tempelhof
Herr Gunter Wakan

Verwaltungsbedienstete

Herr Dennis Amey
Herr Lars Hesse
Frau Sabine Rathmann
Frau Claudia Renner

Gäste

Herr Gerd Wyszkowski

Abwesend:

Mitglieder

Herr Gerhard Blume
Herr André Strobach
Herr Uwe Wischalla
Herr Andreas Zinke

Verwaltungsbedienstete

Frau Katrin Böhme
Frau Yvonne Regner

Gäste

Herr Matthias Jentsch
Herr Frank Ochsner
Herr Lars Rose

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, sowie die anwesenden Einwohner und Mitarbeiter der Verwaltung.

zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Mit 9 von 13 Ausschussmitgliedern zu Sitzungsbeginn war der Ausschuss beschlussfähig.

Die Sitzungsunterlagen gingen allen Verbandsgemeinderäten fristgerecht zu.

zu 3 Änderungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Ein Änderungsantrag zur Tagesordnung lag vor.

Folgender Änderungsantrag wurde durch **Herrn Born** vorgetragen:

1. Er beantragte den TOP 23 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis zum Vorschlag:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
9	9	0	0

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form festgestellt.

zu 4 Einwendungen gegen die Niederschriften der letzten Sitzungen vom 25.05.23 und 04.07.23

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzungen wurden geltend gemacht.

Folgende Ergänzung wurde durch **Herrn Tempelhof** vorgetragen:

1. Sitzung vom 04.07.2023 – letzte Seite Absatz 3

Herr Tempelhof erwähnte die Aussage von Herrn Ochsner zur Gebietskörperschaft, welche so nicht richtig ist.

Frau Renner erläuterte nachträglich zur Sitzung, auf Anfrage zur Definition den Sachverhalt.

Eine Gebietskörperschaft ist ein räumlich abgegrenzter Teil des Staatsgebietes, deren Mitglieder die auf diesem Gebiet wohnenden natürlichen Personen sind. In Deutschland zählen Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände hierzu. Somit auch die Verbandsgemeinde. Siehe hierzu auch § 2 Abs. 3 KVG LSA.

Die Niederschriften sind somit genehmigt.

zu 5 Bekanntgabe der Ergebnisse der Beschlussvorlagen des nichtöffentlichen Teiles der letzten Sitzungen vom 25.05.23 und 04.07.23

Herr Born gab die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der beiden letzten Sitzungen bekannt.

Beschlüsse des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses aus der Sitzung vom 25.05.2023

Nichtöffentlicher Teil:

Erweiterung Gruppenraum Kita Storchennest Blankenheim

Vorlage: VBG/BV/306/2023

1. Der Haupt-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt die Sanierung des geplanten Gruppenraumes für Hortkinder in der Kita „Storchennest“ Blankenheim.
2. Der Verbandsbürgermeister wird bevollmächtigt, die Aufträge für die Baugruppen zu vergeben. Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Nachbesetzung SB Gewerbe/ Allgemeine Ordnungsangelegenheiten sowie dauerhafte Übertragung von Aufgaben

Vorlage: VBG/BV/304/2023

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Aufgaben der Stelle SB Gewerbe / Allgemeine Ordnungsangelegenheiten dauerhaft zu übertragen. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschlüsse des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses aus der Sitzung vom 04.07.2023

Nichtöffentlicher Teil:

Hier wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 6 Bericht über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse und Festlegungen der letzten Sitzungen vom 25.05.23 und 04.07.23

Herr Born gab die Beschlüsse aus dem öffentlichen Teil der beiden letzten Sitzungen bekannt.

Beschlüsse des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses aus der Sitzung vom 25.05.2023

Öffentlicher Teil:

Hier wurden keine Beschlüsse gefasst.

Beschlüsse des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschusses aus der Sitzung vom 04.07.2023

Öffentlicher Teil:

Hier wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 7 **Einwohnerfragestunde**

Es waren Einwohner anwesend.

Eine Anfrage der anwesenden Einwohnerin aus Helbra, **Frau Weber** lag vor.

Folgende Anfrage wurde an den Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss gerichtet:

1. Was geschieht mit der Bibliothek Helbra, bezüglich der Bücher und der Räumlichkeiten?

Herr Born berichtete von einer E-Mail zum Thema, welche er vom Bürgermeister Herrn Wyszowski kürzlich erhielt. Das Thema wollte er später in der Sitzung nochmal aufgreifen, die Anwesenden waren damit einverstanden.

zu 8 **Übernahme einer Mitgliedschaft im Verein Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz e.V.** **Vorlage: VBG/BV/313/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Herr Born erläuterte die Beschlussvorlage.

Frau Renner erwähnte, dass der Beschluss im Verbandsgemeinderat gefasst werden muss. Das Ziel soll sein, die Kreisvolkshochschule zu unterstützen und zu stärken.

Herr Patz bemerkte, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Frau Renner entgegnete ihm, es sei wichtig die Volksbildung zu unterstützen.

Herr Wakan sagte, er kann das Ziel nicht richtig verfolgen, da ja z. B. die Bücherei in Helbra geschlossen wurde. Er fragte zu den finanziellen Mitteln nach. **Frau Renner** antwortete, finanzielle Mittel wurden eingeplant. Das Thema wurde bereits seit März 2023 besprochen und beim Landkreis vorgestellt und später im Haushalt und den finanziellen Mitteln einkalkuliert.

Herr Wakan war der Meinung, wir sollten einen Vertreter der Kreisvolkshochschule (KVHS) in eine Ratssitzung einladen, damit dieser die KVHS einmal vorstellen kann.

Herr Born erklärte sich bereit, diesen Wunsch an die Verantwortlichen der KVHS heranzutragen und einzuladen. Weiter erwähnte er das Pilotprojekt in Benndorf.

Auch **Herr Colawo** kann den Grund zur Mitgliedschaft nicht richtig erkennen, da gespart werden muss. Er wollte wissen, wer die Mitgliedschaft wahrnehmen wird.

Frau Renner erklärte, dass die Pflicht besteht, eine Mitgliederversammlung abzuhalten und an dieser werden dann der Verbandsgemeindebürgermeister oder die Fachdienstleitung teilnehmen. Die KVHS soll ein großes Netzwerk für Angebote und Dozenten aufbauen.

Herr Stock fragte zum Nutzen der Mitgliedschaft nach.

Herr Born antwortete, die KVHS hat Räumlichkeiten in der ehemaligen Bücherei in Benndorf bezogen und die Angebote sind dort angelaufen. Förderung erfolgt in verschiedenen Bereichen, wie Berufsbildung, Kunst und Kultur, Heimatpflege und Sprachen werden angeboten.

Herr Böttge sagte, Bildung soll vermittelt werden, aber wenn wir hier Geld sparen wollen, dann stirbt die Bildung aus.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.

Nachfolgendem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, eine Mitgliedschaft im Verein Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz e.V. zu übernehmen. Der Verbandsgemeindebürgermeister wird zur Unterzeichnung der Antragstellung berechtigt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:2
dagegen	:2
Enthaltung	:2
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 9 **1. Änderung der Satzung über die Festsetzung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra (Kostenbeitragssatzung)
Vorlage: VBG/BV/297/2023/1**

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner machte Ausführungen zu den Platzkosten in den Fremdeinrichtungen. Dabei ist zu beachten, dass die Verbandsgemeinde selbst keinen Einfluss auf die Verteilung der Zuschüsse auf die Platzkosten durch die „Fremdkommune“ hat. In der jüngsten Vergangenheit wurden die Kinder bereits in den Einrichtungen außerhalb des Gebietes der Verbandsgemeinde aufgenommen, ohne dass überhaupt eine Vereinbarung abgeschlossen wurde.

Nach dem KiFöG genießen Eltern oder Personensorgeberechtigte grundsätzlich Wunsch- und Wahlrecht bei der Auswahl der Tageseinrichtung. Im § 2 KiFöG kann dieses Recht eingeschränkt sein, sofern die Wahl der Einrichtung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Der Kostenbeitrag wird demnach von der „Fremdkommune“ bestimmt. Um diesem Umstand entgegen zu wirken, soll beigefügte Änderungssatzung eingeführt werden.“

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.
Nachfolgendem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra (Kostenbeitragssatzung) in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:9
dagegen	:0
Enthaltung	:0
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

**zu 10 Anpassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: VBG/BV/323/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner sagte, die Beschlussvorlage zur Anpassung der Entschädigungssatzung wurde bereits im OSBA VBG (07.07.2022 und 28.06.2023), für den Bereich Feuerwehr besprochen. Nach fachlicher Stellungnahme durch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wurden Bedenken geäußert, diese wurden zwischenzeitlich ausgeräumt und durch die Verwaltung nicht geteilt.

Herr Böttge stimmte zu, die Satzung so umzusetzen.

Herr Wakan stimmte zu, war aber mit dem § 4 Abs. 10 nicht einverstanden.

Herr Tempelhof erklärte diesbezüglich, es darf keine Ungleichbehandlung erfolgen.

Herr Amey brachte hierzu den Vergleich zwischen Bauhofmitarbeiter und Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr Wakan zog seine Aussage zum § 4 Abs. 10 zurück.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.

Nachfolgendem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die geänderte Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger und die Dienstaufwandsentschädigung des Verbandsgemeindebürgermeisters (Entschädigungssatzung) in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:9
dagegen	:0
Enthaltung	:0
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

**zu 11 Ausgestaltung Amtliches Bekanntmachungsblatt
Vorlage: VBG/BV/321/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Herr Born sagte, bis zum Jahresende haben wir nur noch wenige Seiten im Amtsblatt zur Verfügung. Für „Nicht“-amtliche Artikel hat sich die Verwaltung im Verlauf dieses Jahres zu einer geänderten Praxis entschieden. Die Veröffentlichung von Satzungen ist ein Pflichtteil im Kommunalanzeiger, bemerkte er. Kommunalanzeiger aus dem Umkreis wurden verglichen. Er sprach auch die Diskussion im Gemeinderat Helbra zum Thema an, wobei es dort die Kritik der Vereine gab. Zu nicht veröffentlichten Beiträgen, werden als Alternative entsprechende Rubriken auf der Internetseite der Verbandsgemeinde eingerichtet. Für jede Gemeinde würde dann auch eine separate Internetseite eingerichtet

Herr Wyszkowski erwähnte, der Kommunalanzeiger ist fast das einzige Heft was noch in die Haushalte geliefert wird, da die MZ mittlerweile so teuer geworden ist und diese kaum noch Bürger lesen können.

Frau Renner sprach das Haushaltskonsolidierungskonzept an, der bestehende Vertrag sollte geprüft und evtl. neu ausgeschrieben werden. Sie wies daraufhin, dass in den kommenden Jahren durch den Verlag mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist. Die Preisanstiege werden sicherlich 5 – 10 % betragen. Zur Vorbereitung eines möglichen Vergabeverfahrens ist diesbezüglich eine Beschlussfassung nötig.

Derzeit soll kein Extrageld, für zusätzliche Seiten des Kommunalanzeigers ausgegeben werden, drückte sie aus.

Weiter brachte sie das Beispiel aus der Stadt Halle an. Hier werden die Kommunalanzeiger in Supermärkten und Bürgerbüros zur Abholung ausgelegt. Es gibt auch die Möglichkeit über einen Newsletter zur informieren, wofür aber eine E-Mailadresse nötig ist.

Herr Wakan konnte sich der Meinung von Herrn Wyszkowski anschließen. Es ist ihm wichtig, dass dieses Papier in den Haushalten ankommt.

Den Kommunalanzeiger, als Papierexemplar komplett einzustellen und nur noch online anzubieten, funktioniert nicht, sagte **Frau Renner**. Die Satzungen müssten dazu geändert werden. Auch der Vorschlag, die Satzungen nicht im Anzeiger zu drucken und nur einen Link dazu abzdrukken ist nicht möglich.

Herr Colawo kennt viele Leser des Papierformates. Er sah es kritisch, da nicht überall öffentlich zugängliche Räume zur Verfügung stehen, um die Ausgaben abzuholen. Weiter erwähnte er einen Brief zum Thema „Gemeinde digital“, welcher kürzlich in seinem Postfach lag, hierzu sollte einmal geprüft werden.

Herr Born fasste zusammen, man hat sich an das Papierheft gewöhnt, es sollte eine gewisse Stückzahl erhalten und zur Abholung ausgelegt werden.

Frau Renner sagte, derzeit haben wir keine Kapazität, für Vereine zu drucken. Auf unserer Homepage können die Vereine ihre Beiträge veröffentlichen.

Herr Böttge wollte wissen, warum 800 Exemplare gedruckt werden sollen und wie diese verteilt werden.

Frau Renner antwortete, das war ein Vorschlag der Verwaltung. Eine sinnvolle Verteilung, wird in Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern angestrebt. Die Bürger erhalten langfristig eine Information, wo der Anzeiger zur Abholung dann ausliegt.

Herr Patz drückte aus, 800 Exemplare des Anzeigers sind angemessen, es gibt viele Leser die digital lesen.

Herr Wakan fragte zur Kostenersparnis, hinsichtlich der Verteilungskosten nach.

Frau Renner antwortete, die Verteilung ist im Gesamtpreis enthalten.

Herr Ahlig meinte, es wird dann eine zufällige Abholung, wenn die Bürger gerade einmal vorbeikommen, nehmen sie den Anzeiger mit.

Frau Renner sagte, durch den Newsletter wird man über jeden neuen Kommunalanzeiger dann informiert, wenn er zur Abholung vorhanden ist. Den Kommunalanzeiger nur digital anbieten zu können, macht eine Satzungsänderung (Erreichbarkeit des Amtsblattes) erforderlich.

Herr Tempelhof schlug eine Testphase vor. Danach soll eine Auswertung vorgenommen werden, wie die Ausgabe angenommen bzw. abgeholt wird.

Herr Wyszowski wollte wissen, ob der Anzeiger nicht alle 2 Monate gedruckt werden kann. **Frau Renner** wies hierzu, auf dann längere Wartezeiten bei dem Inkrafttreten von Satzungen hin.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.
Nachfolgendem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt als Grundsatz, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

1. die Auflage des Amtsblattes „Helbraer Kommunalanzeiger“ auf eine Auflage von 800 Stück zu reduzieren. Die Auslegung soll zukünftig an geeigneten Standorten in den Mitgliedsgemeinden und der Verwaltung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:5
dagegen	:1
Enthaltung	:3
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 12 Festlegung der Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche des Wahlgebietes Vorlage: VBG/BV/320/2023

Ausführungen und Diskussion:

Herr Born teilte mit, dass die Kommunalwahlen am 09.06.2024 stattfinden. Die Vertretungen im Kreistag, im Verbandsgemeinderat und in den Gemeinderäten werden gewählt.

Frau Renner erwähnte, die Änderung des Kommunalwahlgesetzes. Zur Entscheidungsfindung für die mögliche Einteilung in Wahlbereiche, wurde die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts herangezogen.

Unter Berücksichtigung vorgegebener Gesichtspunkte und erheblichen Abweichungen der Einwohner je Wahlbereich von der durchschnittlichen Einwohnerzahl, sollte das Wahlgebiet nicht in verschiedene Wahlbereiche eingeteilt werden.

Die Verwaltung schlug vor, keine Wahlbereiche festzulegen, sondern nur einen Wahlbereich zu bilden.

Herr Tempelhof gab zu bedenken, dass ein kleiner Wahlbereich in einem großen Wahlbereich möglicherweise untergeht.

Herr Born bestätigte, bei der letzten Wahl gab es 4 Wahlbereiche.

Herr Wakan schloss sich der Meinung von Herrn Tempelhof an. Er sprach auch mögliche Benachteiligung und hinsichtlich ungünstige Aussicht für kleine Gemeinden an.

Herr Böttge entgegnete, die Vertretung im Verbandsgemeinderat ist auch für kleine Gemeinden gewährleistet.

Herr Patz befand die Beschlussvorlage als gut und bat um Abstimmung.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.
Nachfolgendem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt,

dass das Wahlgebiet für die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra gem. § 7 KWG LSA einen Wahlbereich bildet.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:4
dagegen	:3
Enthaltung	:2
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

**zu 13 Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung
Vorlage: VBG/BV/324/2023**

Ausführungen und Diskussion:

Frau Renner informierte hierzu, 4 Mitarbeiter aus der Verwaltung würden von der Regelung profitieren.

Ab 01.01.2023 besteht auch für tarifgebundene Arbeitgeber die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis einen zusätzlichen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung zu zahlen. Der Personalrat wurde hierzu einbezogen.

Herr Patz sprach die Freiwilligkeit der Leistung an.

Frau Renner erklärte, die Umwandlung ist möglich aber kein Zwang, Diese Regelung kann zur Bindung von Personal beitragen.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht.
Nachfolgender Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss lehnt folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, aufgrund des Beschlusses des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt e.V. vom 04.11.2022 einen freiwilligen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung in Höhe von 15 %, höchstens jedoch in Höhe der durch die freiwillige zusätzliche Entgeltumwandlung eingesparten Sozialversicherungsbeiträge, als übertarifliche Leistung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:9
dafür	:1
dagegen	:5
Enthaltung	:3
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 14 Mitteilungen, Anfragen, Anregungen

Mitteilungen, Anfragen oder Anregungen lagen vor.

Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

Herr Born

1. BWB-Solar

Herr Born erinnerte, an die Rückgabe des Formblattes zur Ermittlung des Potentials in Verbindung mit einer Aufstellung bzw. Schätzung der im Jahr anfallenden Materialien zur Verwertung in der geplanten Anlage der BWB Solar GmbH.

2. Bibliothek Helbra

Herr Born verlas eine E-Mail (05.09.23), des Bürgermeisters von Helbra. Er stellte die Anfrage, ob die Bücherei Helbra an den Förderverein Helbra e.V. übertragen werden kann. Der Bürgermeister, Frau Wernicke (Schulleiterin) und Frau Weber (Förderverein Helbra e.V.) führten bereits ein Gespräch dazu. Herr Born erwähnte, dass hierzu vorab eine Nutzungsvereinbarung gestaltet werden muss und nichts dagegen spricht. **Frau Renner** sagte, die anfallenden Nebenkosten werden dann im Nutzungsvertrag festgelegt.

Herr Wyzkowski bat um einen Termin mit der Verwaltung, zur Vorbereitung der Nutzungsvereinbarung.

➤ **Verantwortung:** Zentrale Dienste

3. ÖSA-Scheck für schadenquotenabhängige Gewinnbeteiligung für 2022

Heute brachte die ÖSA-Versicherung einen Scheck in Höhe von 1090,00 € vorbei. Die Aufteilung erfolgt entsprechend dem Schadensverlauf des Jahres 2022, an die Gemeinden Wimmelburg, Blankenheim und die Verbandsgemeinde.

4. Delegationsreise nach Dänemark

Herr Born informierte die Ausschussmitglieder über eine Dienstreise vom 17. – 19.09.2023, an welcher er mit Herrn Henke und Herrn Hesse teilnimmt. Thema ist Energieversorgung und Wärmeplanung.

Der öffentliche der Sitzung wurde geschlossen.

zu 26 Bekanntgabe der Beschlussergebnisse des nichtöffentlichen Teiles der Sitzung

Herr Born gab die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

Nachfolgende Beschlüsse wurden gefasst:

Verlängerung des Betriebsführungsvertrages für das Bad Neptun für die Badesaison 2024

Vorlage: VBG/BV/314/2023

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Unbefristete Weiterbeschäftigung in Vollzeit

Vorlage: VBG/BV/309/2023

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Unbefristete Weiterbeschäftigung in Vollzeit

Vorlage: VBG/BV/312/2023

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

Vorlage: VBG/BV/316/2023

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Nachfolgende Beschlussempfehlungen wurden an den Verbandsgemeinderat gegeben:

Entfristung Klimaschutzmanager

Vorlage: VBG/BV/325/2023

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Gewährung einer Zulage nach der Fachkräfte-RL

Vorlage: VBG/BV/238/2022

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Einstellung Sachbearbeiter Tiefbau (m/w/d)

Vorlage: VBG/BV/315/2023

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Vergabe der Maßnahme Unterhaltungs-, Grund- und Glasreinigung sowie Personalübernahme

Vorlage: VBG/BV/311/2023

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 27 Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Die Sitzung wurde um 20:40 Uhr durch den **Vorsitzenden** geschlossen.

Norbert Born
Vorsitzender

Sabine Rathmann
Protokollführer